

Union will Druck auf Arbeitslose erhöhen

Durch Lohnsubventionen und Erleichterungen bei den Sozialbeiträgen will die Union die Anreize für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit deutlich erhöhen. Sie sollen mehr von ihrem Verdienst einbehalten dürfen als derzeit möglich. Dazu legten die Sozialpolitiker der Union am Montag in Berlin einen umfangreichen Forderungskatalog mit dem Titel „Arbeit für Alle“ vor. Er war auf einer zweitägigen Klausurtagung zuvor erarbeitet und einstimmig gebilligt worden und sieht auch die Verzahnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor.

„Der positive Anreiz ist immer besser als die Sanktion“, sagte Fraktionsvize Horst Seehofer (CSU). Auch sei es in jedem Fall besser, Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Staatliche Unterstützung sollen danach nur noch jene ungeschmälert erhalten, die eine angebotene Arbeit annehmen, einer gemeinnützigen Tätigkeit nachgehen oder eine Ausbildung absolvieren. Die anderen sollen auf das verfassungsrechtlich notwendige Existenzminimum zurückgestutzt werden. Dieses liege „spürbar unter den heutigen Sozialhilfesätzen“ und könne „auch als Sachleistung“ – etwa in Form von Lebensmittelgutscheinen – gewährt werden.

Nach: Frankfurter Rundschau vom 18.06.2001

